„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. B. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 7½c per Zeile einhaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zeile einhaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zeile einhaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Eine ernste Gefahr für die Schule

Die kürzlich in Regina abgehaltene Konvention der Erziehungsvereinigung von Saskatchewan hat eine Resolution angenommen, in welcher die Regierung dieser Provinz aufgefordert wird, eine einheitliche Schulverwaltung für 3 oder 4 Munizipalitäten einzurichten. Die Schuldistrikte sollen bleiben, wie sie sind, und ihre Schulvorsteher sollen auch weiterhin die Finanzfragen der betreffenden Schulen regeln, während die Erziehungsangelegenheiten einem besonderen Erziehungskomitee, das auch die Lehrer anzustellen habe, überlassen werden sollen.

Diese Entschließung macht auf den ersten Blick einen ganz harmlosen Eindruck. Wer aber tiefer sieht, erkennt, daß hier Gefahren verborgen liegen, die wir im Auge behalten müssen.

Es handelt sich um nicht weniger, als auf dem Umwege über die Vereinheitlichung der Schulverwaltung durch Zusammenschluß von 3 oder 4 Munizipalitäten **jedes Eigenleben im Schulwesen zu erdrosseln, die Eltern zu entrechten und das ganze System unter Einflüsse zu stellen, welche uns immer und immer wieder feindlich gegenübergetreten sind.**

Die Deutschsprechenden von Saskatchewan sollten diese Gefahren nicht unterschätzen, **sondern sich** zur Abwehr der erwähnten Bestrebungen aufraffen.

Was würden die von den Eltern und Steuerzahlern gewählten Schulräte zu bedeuten haben, wenn sie sich nur auf die Regelung finanzieller und materieller Angelegenheiten beschränken müßten? Welche weitgehende Macht würde aber in die Hände der vorgeschlagenen Schulverwaltungen gelegt werden! Sie hätten darüber zu entscheiden, welche Lehrkräfte angestellt werden. Das ist aber sehr wichtig, namentlich dort, wo man mit Recht darüber zu wachen sucht, daß die Kinder nicht in die Hände von ungläubigen und gottlosen Lehrern geraten. Das ist auch sehr wichtig dort, wo man Söhnen und Töchtern deutscher Eltern, die über die nötige Vorbildung verfügen, Gelegenheit zur Verwendung als Lehrer oder Lehrerinnen in den Schulen der deutschen Distrikte gewähren will.

Die Forderung der Erziehungsvereinigung von Saskatchewan läuft also darauf hinaus, über die Köpfe der Erziehungsberechtigten hinweg die Lehrkräfte anzustellen und damit den Geist zu bestimmen, in dem die Unterrichtung und die Erziehung der Jugend vor sich gehen sollen. Das aber ist ein Eingriff in das Elternrecht, das natürlichen und göttlichen Ursprungs ist, das vor Gott und Welt die Verantwortung für das zeitliche und ewige Heil der Kinder trägt.

Mögen diese wenigen Andeutungen genügen, um alle zur Wachsamkeit und zur Ergreifung von Gegenmaßnahmen anzuspornen. Die christlichen Schulvorsteher, die Eltern und alle, welche es mit der christlichen Jugend gut meinen, müssen den Kampf gegen die Resolution der Erziehungsvereinigung führen. Wir wollen und dürfen die paar Ueberreste an Freiheit und Selbstbestimmung, welche noch in unserem Schulsystem vorhanden sind, uns nicht durch gegnerische Kreise entreißen lassen.

Reaktionäre Politik in Großbritannien

Vertreter von 4,000,000 britischen Arbeitern, welche eine Versammlung abhielten, beschlossen, sich nicht von den Radikalen zu einem Generalstreik verleiten zu lassen, um die Zurückziehung der **Gewerkschafts-Vorlage der Regierung zu erzwingen.**

Die Sitzung war eine Sonderkonferenz von den Exekutiv-Komitees der Verbände, die mit dem Gewerkschaftskongreß verbunden sind, und sie war einberufen worden, um die beste Methode für eine Opposition gegen die Regierungs-Vorlage zu erörtern.

Dieser Maßnahme nach wird ein Streik, der bestimmt ist, einen Druck auf die Regierung auszuüben oder das Volk einzuschüchtern, für ungesetzlich erklärt. Die Vorlage wurde als Folge des vor einem Jahre zur Unterstützung der streikenden Minenarbeiter durgeführten Generalstreiks ausgearbeitet. Durch diesen Ausstand wurde das Geschäftsleben im Lande neun Tage lahmgelegt, bevor der Streik zusammenbrach.

Obgleich sie bei der heutigen Sitzung nicht direkt vertreten waren, haben die britische Kommunistenpartei und der äußerste linke Flügel der Gewerkschaften den Versuch gemacht, die organisierten Arbeiter zu einem Generalstreik gegen die Vorlage zu verleiten. Mit großer Mehrheit wurde ein Amendement niedergestimmt, denn Generalausschuß der **Gewerkschaftsverbände einen dahingehenden Vorschlag** zu unterbreiten.

Außer daß die Regierungsvorlage die bezeichneten Streiks für ungesetzlich erklärt, wird auch das Aufstellen von Streikposten unstatthaft gemacht. Nach der am 4. April dem Unterhause eingereichten Vorlage wird es Zivilbeamten verboten, Mitglieder von Gewerkschaftsverbänden oder anderen Organisationen zu werden mit Ausnahme derjenigen, die sich ausschließlich aus Zivilbeamten zusammensetzen und keine politischen Ziele verfolgen. Gewerkschaften werden durch die Maßnahme gezwungen, politische Fonds von ihren anderen Fonds getrennt zu halten. Vergehen gegen die verschiedenen Bestimmungen werden mit Geldstrafen oder Freiheitsstrafen geahndet.

Die Arbeiter-Organisationen haben über die Vorlage große Entrüstung an den Tag gelegt und erklären, daß sie augenscheinlich geschaffen sei, den Organismus der Gewerkschaften zu zerstören. J. Ramsay MacDonald, der Arbeiterführer im Parlamente und frühere Premier, der sich augenblicklich zu Besuch in den Vereinigten Staaten aufhält, bezeichnet die Vorlage als „einen der gefährlichsten Auswüchse des Klassenkampfes", den er je gekannt habe.

Deutsche Flugleistungen

Ernst Udet, der bekannte deutsche Gleitflieger, hat den ersten Segelflug von der Zugspitze, dem höchsten Gipfel im bayerischen Oberland, erfolgreich vollführt. In 25 Minuten nach dem Abflug von der Bergeshöhe erreichte er die Talstation der Zugspitzbahn. In der Luftlinie war die Entfernung von dem Startplatz in ungefähr 9000 Fuß Höhe bis zum Landungsplatz annähernd 9 1/3 Meile. Am Fuße der Zugspitze unternahm Udet einen geschickten Schleifenflug über dem Eibsee, dann ging der Weiterflug nach dem Tiroler Tal, wo Udet nach Umkreisung über Ehrwald die Landung bewerkstelligte. Ein Segelflug aus einer Höhe von 9000 Fuß war bisher noch nicht gewagt worden.

Vor einigen Tagen war Udets Segelflugzeug unter Ueberwindung großer Schwierigkeiten, die durch Neuschnee und starke Winde verursacht wurden, auf den Startplatz am Zugspitzplatz gebracht worden. Das Flugzeug, ein Eindecker, war in Teile zerlegt worden, um den Transport zu ermöglichen. An Ort und Stelle wurde es wieder zusammengesetzt und zwischen dem Schneefernerkopf und Zugspitz-Eck im Schnee verankert. Bevor Udet dann bei günstiger Witterung den steilen Abflug unternahm, war der Apparat von ihm und seinen vier Helfern, den Konstruktteuren und den Monteuren, sorgfältig übergeprüft worden. Bei dem geringen Gewicht von nur 30 Kilogramm und den großen Windflächen des Segelflugzeuges war sorgsamste Fesselung auf dem Kamm der Zugspitze notwendig gewesen.

* * *

In Rossenheim, Ostpreußen, wurde ein neuer Weltrekord des Dauerflugs für Gleitflugzeuge von Ferdinand Schultz geschaffen, der auf einem Einsitzer 14 Stunden und 8 Minuten ohne Unterbrechung in der Luft blieb. Den bisherigen Dauerflugrekord für Gleiter hatte der Franzose Massaux gehalten, als er 10 Stunden, 19 Minuten, 43 2/5 Sekunden in der Luft blieb. Diese Leistung hat Schultz um fast vier Stunden übertroffen.

Weltumschau

Deutschland.

Die „Börsen-Zeitung" behauptet, daß ein neuerliches Bemühen der Reichsregierung, eine Verringerung der Besatzungstruppen im Rheinland durchzusetzen, unmittelbar bevorstehe. Man erwartet, daß die Regierung die Aufmerksamkeit auf die in dieser Angelegenheit von den Alliierten gemachten Versprechungen lenken und betonen werde, daß eine Lösung nicht weiter aufgeschoben werden könne.

Scharfe Kontrolle wird fortan ausgeübt, um eine stärkere Teilnahme der Reichstagsmitglieder an den Sitzungen des Parlaments zu erlangen. Die neuen Hausregeln sehen eine Strafe von 20 Mark für die Nichtanwesenheit beim Namensaufruf und dem Fernbleiben von einer Sitzung ohne genügende Entschuldigung vor. Wenn ein Abgeordneter fünf aufeinander folgende Namensaufrufe nicht beantwortet, wird die Strafe verdoppelt. Im Falle von Erkrankung hat der Präsident das Recht, ein ärztliches Zeugnis zu verlangen. Die Reichstagsmitglieder erhalten jährlich 7000 Mark Gehalt; ferner steht ihnen für die Sitzungsdauer eine monatliche Auslagenvergütung von 640 Mark zu.

Die preußische Regierung hat dem Hause Hohenzollern weitere fünf Millionen Mark als dritte und letzte Teilzahlung der Abfindungssumme von 15,000,000 Mark unter der im letzten Winter eingegangenen Veritändigung zwischen Preußen und der Familie des früheren Kaisers ausgehändigt. Außer diesen Barzahlungen erhalten die Hohenzollern bekanntlich wertvolle Ländereien, Forsten, Schlösser und Kunstschätze vom preußischen Staat.

Saargebiet.

Die Räumung des Saargebietes seitens der bisherigen französischen Besatzungstruppen hat nunmehr begonnen. Das geschieht in Durchführung des auf der 44. Tagung des Völkerbundrates in Genf im vergangenen März erzielten Kompromisses. Saarlouis ist bereits geräumt worden. Die Herausziehung der französischen Truppen aus dem Gebiet wird von der Bevölkerung selbst als ein Fortschritt den bisherigen Zuständen gegenüber empfunden. An die Stelle der französischen Besatzung tritt nun eine besondere interalliierte Bahnschutztruppe. Wenn die Notwendigkeit einer solchen auch nicht recht deutlich erscheint, so ist doch durch den Wechsel der bisherigen militärischen Vorherrschaft Frankreichs im Saarbecken das Rückgrat gebrochen. Das muß auch auf die weitere Ausgestaltung der allgemeinen Zustände in dem betreffenden Gebiet von Einfluß sein. Durch die Herausziehung der französischen Besatzung ist die Saarfrage mit dem allgemeinen Räumungsproblem verknüpft worden.

Schweiz.

Die große internationale Wirtschaftskonferenz trat im Reformationssaale in Genf zusammen. Sie soll Pläne zur Stetigung wirtschaftlicher Verhältnisse in der ganzen Welt entwerfen. Ungefähr 1500 Delegierte waren zugegen, sie vertreten 46 Länder, darunter die Ver. Staaten, Sowjetrußland und die Türkei, die nicht zum Völkerbund gehören.

Der vormalige Premier Theunis von Belgien, der Vorsitzende der Versammlung, sagte in seiner Eröffnungsansprache, noch nie sei eine Versammlung so befähigt gewesen, die Fragen zu prüfen, welche die zwei wertvollen Güter gefährden, nach welchen sich die Menschheit von jeher gesehnt — Frieden und Wohlfahrt.

Die wirtschaftliche Konferenz ist die größte Versammlung seit dem Bestehen der Liga, sie übertrifft sogar die jährlichen Zusammenkünfte dieser Körperschaft. Nach Meinung vieler Beobachter versucht die Versammlung, das industrielle und wirtschaftliche Leben von Europa umzubilden und zu festigen, um dem amerikanischen Wettbewerb begegnen zu können. Vierzig Delegierte bewarben sich um Plätze auf dem Programm der drei Wochen dauernden Zusammenkunft. Auch Henry Robinson von der amerikanischen Abordnung sucht Gelegenheit zu einer Ansprache. Die ersten vier Tage sind einer allgemeinen Besprechung wirtschaftlicher Fragen gewidmet. Nachher spaltet sich die Versammlung in drei Abteilungen für Handel, Industrie und Landwirtschaft.

Frankreich.

Premier Poincare führte vor dem Generalrat des Maas-Departements aus, die Verteidigungsstreitkräfte des Landes dürften nicht beschnitten werden, das Budget müsse ausgeglichen bleiben und der Franc müsse gestützt, sogar künstlich noch etwas höher getrieben werden. Poincare, welcher dieses Departement im öffentlichen Leben während der letzten 40 Jahre vertreten hat, erklärte, Frankreich sei kein Feld für Experimente des „bolschewistischen Imperialismus" und fuhr dann fort: „Nicht durch eine Rückkehr zu einer primitiven Regierungsform kann Frankreich auf einen Fortschritt in der Zivilisation und im Wohlergehen der Menschheit hoffen." Das nächste Budget bezeichnete er als den eigentlichen Prüfstein der Festigkeit der Erholung der Finanzen des Landes. Ob nun eine allmähliche Aufwertung oder eine gesetzliche Stabilisierung des Franc in der unmittelbaren Zukunft angestrebt werde, eines stehe fest, daß das Budget auch fernerhin ein ausgeglichenes bleiben müsse.

Die Ansprache des Premiers hatte, wie allgemein angenommen wird, den Zweck, den Wirkungen der politischen Tätigkeit der Radikalen und Sozialisten im voraus zu begegnen, haben diese Leute doch die Hoffnung, die Linke reorganisieren und das derzeitige Unionskabinett stürzen zu können, noch nicht aufgegeben. Nach wie vor träumen sie von einem neuen Kabinett Herriot.

Hinsichtlich der Abrüstungsfrage sagte Poincare, Frankreich habe sich nie mit imperialistischen Absichten getragen. Die Republik sei sowohl eine Land- wie auch eine Seemacht. Zu Lande aber wie auch zur See habe Frankreich seine Mittel zum Schutz [illegible] zuhalten. „So lange nicht alle Nationen," fuhr er fort, „die von ihnen unterzeichneten diplomatischen Konventionen ohne Hintergedanken hinnehmen und solange ihre Erklärungen der Friedfertigkeit nicht vollkommen aufrichtig sind, wird es eben nicht genügen, daß wir uns beliebt machen. Wir müssen hinreichend stark bleiben, um uns verteidigen zu können."

Schritte zur Unterdrückung kommunistischer Propaganda werden der scharfen Erklärung des Premier Poincare folgen. Vier Kommunisten wurden in Paris dem Untersuchungsrichter vorgeführt, um sich auf die Anklage der Aufreizung von Soldaten zum Ungehorsam und der „Verbrüderung mit der chinesischen Revolution" zu verantworten. Gaston Monmousson, ein bekannter radikaler Arbeiterführer, und 10 andere Kommunisten und Anarchisten, die während der Maitagfeier am Sonntag verhaftet wurden, drohen im Sante-Gefängnis mit einem Hungerstreik.

Spanien

Pläne zu einer Aenderung des Thronfolgerechtes in Spanien werden gemeldet. Es heißt, daß Prinz Juan, der dritte Sohn des Königs, zum Nachfolger proklamiert werde, wenn er das Alter von 7 Jahren erreicht hat und daß seine beiden Brüder, Prinz Alfonso, der gegenwärtige Thronerbe, und Prinz Jaime, der zweite Sohn des Königs, aus Gesundheitsrücksichten auf ihre Rechte Verzicht leisten werden. Das Befinden des Kronprinzen, der seit Geburt infolge eines Rückgratleidens kränklich ist, hat eine plötzliche Wendung zum Schlimmeren genommen und Besorgnis um sein Leben hervorgerufen. Prinz Jaime mußte sich in den letzten Jahren einer Anzahl Operationen wegen eines langjährigen Ohrenleidens unterziehen.

Großbritannien.

Der große Kampf um die Gewerkschaftsvorlage der Regierung begann im Unterhause, in dem eine Stimmung herrschte, die zu aufgeregten Szenen führte. Generalanwalt Sir Douglas Hogg beantragte die zweite Lesung der Vorlage, die darauf berechnet ist, Generalstreiks und andere Zwangsmaßnahmen der Gewerkschaften zu verhindern. Die Rede des Generalanwalts, der die Bestimmungen der Vorlage verteidigte, wurde andauernd durch Zwischenrufe unterbrochen, während die Regierungsanhänger vollste Ruhe bewahrten, als John Robert Clynes von der Arbeiterpartei die Ablehnung des Gesetzes beantragte. Zischen, Gelächter, Zwischenrufe ertönten während der ganzen Rede des Generalanwalts, dessen Ausführungen in dem Lärm oft unverständlich wurden. „Lügen, Schund, Unsinn" schrien die Gegner, und als Hogg die Bibel zitierte, tönten ihm Rufe wie „Schmach", „Gotteslästerung" entgegen. Der Sprecher sah sich schließlich genötigt, „Jack" Jones, den er wegen seiner Zwischenrufe wiederholt verwarnt hatte, aus dem Sitzungssaale zu weisen.

Der Generalanwalt erklärte, daß die Regierung jeden Versuch, die Hauptprinzipien der Vorlage niederzustimmen, aufs äußerste bekämpfen werde, daß sie aber bereit sei, Zusätze in Erwägung zu ziehen, die bestimmt sind, Unklarheiten oder Mängel zu beseitigen.

John Robert Clynes bestand darauf, als er die Ablehnung der Vorlage beantragte, daß die Regierung kein Recht habe, eine solche Vorlage zu unterbreiten, die er als „eine neue Vorlage zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit unter den Anwälten" bezeichnete. Er wiederholte Ramsay MacDonalds frühere Erklärung, daß es die Pflicht der nächsten Arbeiterregierung sein würde, diese Maßnahme zu widerrufen. „Dies," rief er aus, „ist die Antwort der Arbeiterschaft auf das unheilvolle Bemühen vonseiten der Regierung, das organisierte Kapital in dem Kampfe mit der organisierten Arbeit zu unterstützen."

Käte Gußfeldt, auch Blaser und Childs genannt, trat eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten an und wird nachher aus dem Lande deportiert. Sie wurde der Verschwörung schuldig befunden, um einen britischen Paß unter falschen Vorwänden zu erlangen. Polizeibeamte erklären jedoch, die Frau habe Spionage betrieben. Eine Zeitung sagt, die Gefangene sei zwar deutscher Herkunft, aber eine der eifrigsten Agentinnen von Moskau in Britannien. In ihrem Gepäck fanden sich ein Vorrat von unsichtbarer Tinte und damit geschriebene Schriftstücke. Nach allen Schilderungen stand die hübsche 28jährige Tpistin in enger Verbindung mit britischen Kommunisten. Käthe Gußfeldt ist kraftvoll gebaut und der britischen Polizei seit 1924 bekannt, als sie eine bedingte Erlaubnis erhielt, einer Arbeiter-Zusammenkunft in Manchester beizuwohnen. Die Gefangene hatte Erlaubnis, bis November 1924 in England zu bleiben. Die Polizei entdeckte dann, daß sie einen gefälschten deutschen Paß hatte und die Rückkehr nach England wurde ihr verboten. Als die Frau vorigen Monat aus Frankreich in Dover eintraf, hatte sie einen regelmäßigen britischen Paß, anscheinend durch einen Freund in London erlangt. Die Polizei gibt nichts Näheres über ihre Tätigkeit bekannt. Sie soll jedoch seit 1925 in verschiedenen Ländern gewesen sein, darunter Canada.

Rußland.

Das Handelshandbuch der Sowjet-Union erklärt, daß die Industrieproduktion in den Rätestaaten die vorkriegszeitliche Rate überschritten habe, daß die landwirtschaftliche Produktion im letzten Jahre ungefähr den vorkriegszeitlichen Zahlen entsprach, und daß die Eisenbahn-Meilenlänge seit 1913 um 3,656 Meilen zugenommen habe. Der Wert des Auslandhandels war im letzten Jahre immer noch nur 50 Prozent jenes des russischen Zarenreiches im Jahre 1913. Das Buch sagt, daß die Bevölkerung wohl nur 80 Prozent jener des Zarenreiches betrage, aber um 9,000,000 größer als die vorkriegszeitliche Zahl in dem jetzigen Sowjet-Territorium sei. Der Unterschied wird auf den Landverlust Rußlands durch Abtretungen an Polen und andere Grenzstaaten zurückgeführt. Das Handbuch gibt den Landumfang der Sowjetunion mit 8,187,253 Meilen und die Bevölkerungszahl mit 144,815,000 an. Die Bevölkerungsstatistik zeigt einen Zug nach den Städten an. Moskau wie Leningrad haben während der letzten drei Jahre ihre Bevölkerung um über 500,000 vermehrt. Die Industrieproduktion vergrößerte sich während des letzten Rechnungsjahres gegenüber 1924—25 um 42 Prozent und die landwirtschaftliche Produktion um 14 Prozent, erklärt das Buch. Die Einlagen in den Sowjet-Sparbanken wurden, so wird versichert, im letzten Jahre verdreifacht, und die Geschäftsbanken berichteten eine bedeutende Zunahme ihrer Bestände. Der Auslandhandel belief sich im letzten Jahre auf $733,130,400 mit einer Unterbilanz von $45,240,000, aber während der ersten drei Monate des laufenden Rechnungsjahres war eine Ueberbilanz von $5,346,000 zu verzeichnen. Der Handelsverkehr zwischen den Vereinigten Staaten und den Sowjetten wird mit $78,640,000 im Vorjahre gegen $48,400,000 in 1913 angegeben.

Der Bundes-Exekutivvollzugsausschuß der russischen Sowjets [illegible] in den Vorstand 27 Mitglieder, mit 6 Vorsitzenden an der Spitze, und zwar Michael Kalinin, Gregori Petrowki, Alexander Tschernjakow, Gasanfar Mussabekow, Netirbadich Ajatkow und Fansulla Khodgaew. Der Vollzugsausschuß billigte die folgende Zusammenstellung des Rates der Bundeskommissare: Vorsitzender, Aleris Rykow; Auswärtiges, Georges Tschitscherin; Krieg, Clement Woroschilow; Verkehr, Jan Rudsutak; Post, Telegraph- und Funkverkehr, Ivan Smirnow; Finanzen, Nicholas Brjuchanow; Handel, A. J. Mikojan; Arbeit, Basil Schmidt; Arbeiter- und Bauern-Aufsicht, Gregory Ordjonikidze; Vorsitzender des Obersten Wirtschaftsrates, Valerian Kuibyshew; Hauptverwalter für Statistik, Valerian Ossinski.

Der Rote Platz (früher Kreml) in Moskau war am 1. Mai der Schauplatz einer großen Maitagkundgebung. Truppen aller Waffengattungen, unzählige Gewerkschaften, alle Zweige der bürgerlichen Tätigkeit vertretend, Jugendverbände und Schulkinder beteiligten sich. Der Zug- und Fuhrwerkverkehr war eingestellt.

Polen.

Infolge des kalten Wetters und des starken Regens verlief der erste Mai in Warschau ruhiger als üblich, doch kam es zu mehreren Zusammenstößen zwischen Sozialisten und Kommunisten. Mehrere Zusammenstöße zwischen nationalistischen Studenten und Kommunisten machten das Eingreifen der Polizei nötig. Ein junger Kommunist wurde schwer und 20 andere leicht verwundet. 200 Kommunisten wurden im Laufe des Tages verhaftet.

Japan

Die japanischen Botschafter in Großbritannien und den Ver. Staaten sind angewiesen, jener Regierungen die Wichtigkeit darzulegen, daß die fünf Mächte bei Verhandlungen mit chinesischen Nationalisten wegen der Unruhen in Nanking zusammenwirken. Die Mächte sind Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan und Ver. Staaten. Die Neigung der Ver. Staaten zu unabhängigem Vorgehen bringt Schwierigkeiten, wie man hier fürchtet. Premierminister Tanaka sandte die Anweisungen an die Botschafter in Washington und in London.

China.

Von Peking wird gemeldet, daß mandschurische Truppen unter Marschall Tschang Tso-Lin, dem Oberbefehlshaber der verbündeten nördlichen Armeen, die von Peking nach Hankau führende Bahnstrecke entlang gegen Hankau, dem Sitz der von General Tschiang Kai-Schek bekämpften Kantoner Regierung vorrücken. Nach einem zweiten Bericht sollen die Truppen Tschangs bereits Sin Jang-Tschei, einen wichtigen Bahnknotenpunkt in der Provinz Honan erreicht haben. Wenn diese Meldungen den Tatsachen entsprechen, muß angenommen werden, daß sich die Streitkräfte der Provinz Honan von Marschall Wu Pei-Fu, der Tschang Tso-Lins Truppen den Durchmarsch durch diese Provinz nicht gestatten wollte, endgültig abgewendet und Tschang unterstellt haben.

Die nationalistische Regierung hat allen Schiffen verboten, zwischen Sonnenuntergang und Sonnenaufgang in den Hwangpu-Fluß, an dessen linkem Ufer Schanghai liegt, einzulaufen oder aus diesem Fluß auf den Jangtse hinauszufahren. Die ausländischen Konsuln verständigten das Außenamt, daß sie sich hinsichtlich der Passagierschiffe dieser Verordnung fügen wollen, sich aber für ihre Kriegsschiffe volle Bewegungs-Freiheit vorbehalten müssen. Das Außenamt erwiderte, daß es auf der Einhaltung seiner Anordnung bezüglich aller Schiffe bestehe.

Beamte des russischen Konsulats in Peking fürchten, daß 15 Russen, welche die Polizei von Marschall Tschang Tso-Lin festhielt, erdrosselt wurden. Die Russen und eine Anzahl Chinesen wurden bei Durchsuchung der russischen Botschaft verhaftet. Zwanzig chinesische Gefangene ließ Tschang bereits erdrosseln. Viele beschlagnahmte Schriftstücke und einige Waffen wurden ausländischen Berichterstattern gezeigt. Die Russen wiesen verschiedene der Schriftstücke zurück. Wie sie sagen, wurde von dem Material, das aus dem Eigentum der Botschaft entfernt wurde, keine Aufzeichnung gemacht. Fälschungen seien daher möglich.

Ver. Staaten

Nachdem im Weißen Hause erklärt worden war, daß Amerika wohl bereit sei, irgendwelche Vorschläge der anderen Mächte zu weiterer Korrespondenz mit der chinesischen Regierung in Erwägung zu ziehen, daß aber keine Information vorliege, daß diese Regierungen eine zweite Note in der Angelegenheit der Nankinger Gewalttaten abschicken wollen, wurde der Presse folgende offizielle Mitteilung gemacht: „Soweit die Vereinigten Staaten in Betracht kommen, sieht es Präsident Coolidge nicht für nützlich an, der Kantoner Regierung in China, an die nach den Gewalttaten in Nanking von den beteiligten Mächten Forderungen gestellt wurden, eine zweite Note zu übersenden."

Indien.

Nach einem der „Times" aus Indien zugegangenen Bericht hat die von dem bekannten bolschewistischen Mitgliede des britischen Parlaments, Saklatwala, durch Indien unternommene Propagandareise nicht das von den Kommunisten erwartete Resultat aufzuweisen. In dem Bericht heißt es, daß man wohl Saklatwala zu Ehren in jeder Stadt, wo er erschien, festliche Empfänge veranstaltete, die aber wohl eher dem berühmt gewordenen Landsmann als dem aus einer Parsifamilie in Bombay stammenden Sozialrevolutionär galten, dessen materialistische Lehren auf wenig Verständnis bei dem tiefreligiösen Inder stießen. Saklatwala versuchte dem nationalistischen Führer Mahatma Gandhi durch Vermittlung eines gemeinsamen Bekannten seine Ansichten brieflich auseinanderzusetzen, aber Gandhi bekundete in seiner Antwort auf diesen Annäherungsversuch eine entschiedene Abneigung gegen den Bolschewismus. Wie gemeldet wird erklärte Gandhi:

„Ich bedauere, aber wir stehen an entgegengesetzten Polen; denn ungleich dem Kameraden Saklatwala glaube ich nicht, daß die Vermehrung unserer Lebensansprüche und die Komplizierung des Mechanismus, die sie uns verschaffen soll, die Menschheit auch nur einen einzigen Schritt ihrem Ziele näher bringt. Ich verabscheue von ganzem Herzen diese krankhafte Tendenz, Entfernung und Zeit zu zerstören, den animalischen Appetit zu vergrößern und zu dessen Befriedigung an die Enden der Welt zu gehen. Der ganze Brief des ungeduldigen Kameraden Saklatwala handelt nur von den Zuständen in den Städten und läßt die Lebensbedingungen unbeachtet, die für die 700,000 Dörfer Indiens gelten. Das halbe Dutzend moderner Städte in Indien ist ein Auswuchs, der das Blut aus den Adern unserer Dörfer zieht. Was nun die Arbeitsbedingungen in den Städten anbetrifft, so bin ich nicht gegen eine Organisierung der Arbeiter, vorausgesetzt, daß diese Organisierung im Sinne meiner Prinzipien geschieht. Die Arbeiterorganisationen, die ich in Südafrika und in Ahmedabad durchführte, waren nicht feindlich gegen das Kapital eingestellt. Mein Ideal ist wohl eine gleichmäßige Verteilung, aber soweit ich es abzusehen vermag, ist eine solche in der Wirklichkeit nicht möglich. Ich arbeite daher für eine angemessene Verteilung und diese hoffe ich durch das Chaddarprogramm zu erreichen."

Wilhelmshöhe für den Reichspräsidenten

Der Bürgerbund Kassel hat an den Magistrat der Stadt Kassel folgende Eingabe gerichtet:

Der Kasseler Bürgerbund im Einvernehmen mit den im Bürgerausschuß zusammengefaßten Vertretern von neun Kasseler Bürgerbezirksvereinen bittet den Magistrat, bei der zuständigen Regierungsstelle zu beantragen, Schloß Wilhelmshöhe als ständigen amtlichen Sommeraufenthalt für den Präsidenten der Deutschen Republik zur Verfügung zu stellen.

In der Begründung wird gesagt, daß das im ganzen Reiche und weit über Deutschlands Grenzen hinaus bekannte und bewunderte Schloß Wilhelmshöhe mit seinen großen geschichtlichen Erinnerungen und seiner in Deutschland so günstigen zentralen Lage als zweiter Amtssitz für den Reichspräsidenten zweifellos mehr als jeder andere Ort würdig und geeignet sein dürfte. Die hervorragend schöne natürliche Lage, der einzigartige Park, der zu den schönsten Europas gehört, die gesunde Bergluft des Habichtswaldes, dürften den sommerlichen Amtssitz gleichzeitig zu einem wirklichen Erholungsaufenthalt gestalten. Die Idee, Schloß Wilhelmshöhe dem gedachten Zweck zuzuführen, scheint außerdem besonders günstig, da Schloß und Park vor kurzer Zeit aus dem Besitz der Krongutverwaltung in den des preußischen Staates übergegangen sind.

Die Auswanderer

Zur Erinnerung an den vor 50 Jahren erfolgten Tod des Dichters.

Ich kann den Blick nicht von euch wenden,
Ich muß euch anschaun immerdar;
Wie reicht ihr mit geschäft'gen Händen
Dem Schiffer eure Habe dar!

Ihr Männer, die ihr von dem Nacken
Die Körbe langt, mit Brot beschwert
Das ihr, aus deutschem Korn gebacken,
Geröstet habt auf deutschem Herd;

Und ihr, im Schmuck der langen Zöpfe,
Ihr Schwarzwaldmädchen, braun und schlank;
Wie sorgsam stellt ihr Krüg' und Töpfe
Auf der Schaluppe grüne Bank!

Das sind dieselben Töpf' und Krüge,
Oft an der Heimat Born gefüllt;
Wenn am Missouri alles schwiege,
Sie malten euch der Heimat Bild,

Des Dorfes steingefaßte Quelle,
Zu der ihr schöpfend euch gebückt;
Des Herdes traute Feuerstelle,
Das Wandgesims, das sie geschmückt.

Bald zieren sie im fernen Westen
Des leichten Bretterhauses Wand;
Bald reicht sie müden, braunen Gästen
Voll frischen Trunkes eure Hand,

Es trinkt daraus der Tscherokese,
Ermattet, von der Jagd bestaubt;
Nicht mehr von deutscher Rebenlese
Tragt ihr sie heim, mit Grün belaubt.

O sprecht: warum zogt ihr von dannen?
Das Neckartal hat Wein und Korn;
Der Schwarzwald steht voll finstrer Tannen;
Im Spessart klingt des Aelplers Horn.

Wie wird es in den fremden Wäldern
Euch nach der Heimatberge Grün,
Nach Deutschlands gelben Weizenfeldern,
Nach seinen Rebenhügeln ziehn!

Wie wird das Bild der alten Tage
Durch eure Träume glänzend wehn!
Gleich einer stillen, frommen Sage
Wird es euch vor der Seele stehn.

Der Bootsmann winkt. — Zieht hin in Frieden!
Gott schütz euch, Mann und Weib und Greis!
Sei Freude eurer Brust beschieden
Und euren Feldern Reis und Mais.

Ferdinand Freiligrat (1832.)